

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: .60 Rp.

## Gleichgelagerte Probleme beim Umweltschutz

Gespräche zwischen der Schweiz und Liechtenstein sollen fortgesetzt werden

Die Gespräche zwischen einer liechtensteinischen und einer schweizerischen Delegation über Probleme des Umweltschutzes, wie sie im letzten Jahr in Bern und diese Woche in Vaduz stattgefunden haben, sollen fortgesetzt werden. Diese Auffassung vertraten der Direktor des schweizerischen Bundesamtes für Umweltschutz, Prof. Bruno Böhlen, und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille im Anschluss an das Gespräch im Regierungsgebäude und an den Empfang auf Schloss Vaduz bei S. D. Erbprinz Hans Adam.

Das neue, vom Landtag vor kurzem verabschiedete Abfallgesetz bildete bei den schweizerisch-liechtensteinischen Konsultationen über den Umweltschutz ein zentrales Thema. Die Schweiz und Liechtenstein haben, wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille auf Anfrage erklärte, beinahe identische Probleme im Bereich der Abfallentsorgung und Abfallbewirtschaftung. Ausserdem seien die beiden Kooperationen auf dem Sektor der Entsorgung der Siedlungs- und Sonderabfälle angewiesen.

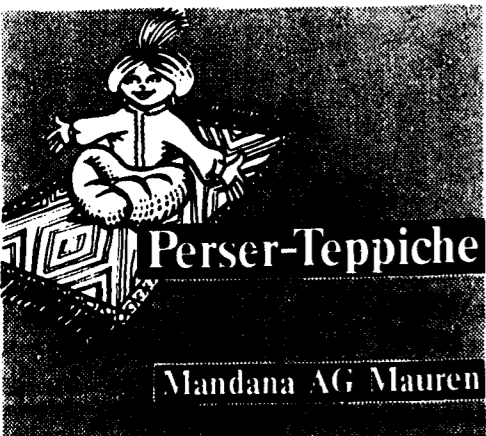
### Zusammenarbeit beim Umweltschutz

Beide Seiten haben nach Angaben von Dr. Wille bekräftigt, dass eine Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes notwendig und für beide Partner informativ sei. In beiden Staaten werden seit geraumer Zeit Messungen und Erhebungen gemacht, um die Waldschadenssituation festzustellen, die Schadstoffbelastung der Luft zu ermitteln und die Belastung des Bodens zu untersuchen. Diese Ergebnisse können, wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille erklärte, bei diesen zwischenstaatlichen Gesprächen auf Regierungs- und Beamtenebene ausgetauscht und erörtert werden. Die Messdaten sind umso einfacher vergleichbar, als sowohl in Liechtenstein als auch in der Schweiz praktisch die gleichen Erhebungen angestellt werden.

## Mehr Steuern ohne Katalysator?

St. Gallen (AP) Die St. Galler Regierung will Fahrzeuge ohne Katalysator stärker besteuern. Besitzer von Motorwagen, die nicht nach den Abgasvorschriften von 1982 zugelassen wurden, und nicht schadstoffarme Motorfahrzeuge sollen ab 1990 um die Hälfte mehr bezahlen müssen als heute. Dies beantragt der Regierungsrat dem Kantonsparlament, wie aus einer Mitteilung vom Donnerstag hervorgeht.

Für Motorfahrzeuge, die die Abgasvorschriften von 1982 erfüllen, soll laut Regierungsvorschlag die Fahrzeugsteuererhöhung ein Viertel der heutigen Ansätze betragen. Die Regierung ersucht zudem das Parlament, schadstoffarme Motorfahrzeuge in den Jahren 1989 bis 1991 von der Steuer zu befreien. Bereits 1985 hatte das Parlament entschieden, schadstoffarme Motorwagen in den Jahren 1985 bis 1987 von der Fahrzeugsteuer zu befreien. Gleichzeitig wurde bestimmt, dass die Steuer ab 1. Januar 1990 für nicht schadstoffarme Motorwagen um höchstens die Hälfte erhöht werde. Die Festlegung der Erhöhung wurde damals der Kantonsregierung übertragen.



Perser-Teppiche

Mandana AG Mauren

### Grossräumige Abfallentsorgung

Nach dem Vaduzer Gespräch ergab sich die übereinstimmende Auffassung, unterstrich Dr. Herbert Wille, dass die Abfallentsorgung grossräumig geregelt werden müsse, da die kommunale Entsorgung gerade der Sonderabfälle aus wirtschaftlichen und technischen Gründen nicht mehr möglich sei. Übereinstimmung herrschte nach seinen Angaben auch darüber, dass die Abfälle, die Rückstände und das übrige Deponiematerial im Lande selbst entsorgt werden müsse, weil ein Abfall-Export auf längere Sicht keine Lösung darstelle. Die Abfallversorger hätten hier eine besondere Verantwortung für eine umweltgerechte Entsorgung zu übernehmen.

### Luftreinhaltung und Lärmbestimmungen

In der Schweiz wie in Liechtenstein

werden derzeit geeignete Deponieplätze gesucht. Die Ausscheidung dieser Deponieflächen und die damit verbundenen Probleme waren ebenso Gegenstand der Besprechungen wie die Frage von Lenkungsabgaben zur Finanzierung von Umweltmassnahmen, die Luftreinhaltung und die Massnahmen zur Errichtung von Smog-Alarm bei Überschreitung der Grenzwerte in der Luftreinhalteverordnung. In diesem Bereich soll, wie Dr. Wille ausführte, vor allem die Frage nach den Verursachern gestellt und Massnahmen zur Vermeidung von Schadstoffemissionen angeordnet werden.

Ein weiterer Diskussionsbereich stellte die Lärmbekämpfung dar, wobei die Frage erörtert wurde, ob die heutigen Richtlinien noch den Anforderungen entsprechen oder ob neue Grenzwerte für die verschiedenen Lärmarten erarbeitet werden müssten. (G. M.)



Die schweizerische Delegation, die mit Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille (rechts) die Situation im Bereich des Umweltschutzes erörterte, wurde auch auf Schloss Vaduz von S. D. Erbprinz Hans Adam empfangen. Unser Bild zeigt den Erbprinzen, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und einige der schweizerischen sowie liechtensteinischen Teilnehmer an der Gesprächsrunde. (Bild: Brigitt Risch)

## Rettungsdienst hatte 719 Einsätze zu bewältigen

Der Jahresbericht des Liechtensteinischen Roten Kreuzes (LRK) ist erschienen

Das Liechtensteinische Rote Kreuz (LRK), dem I. D. Erbprinzessin Marie als aktive Präsidentin vorsteht, kann auf ein erfolgreiches Jahr 1987 zurückblicken. Die Inlandtätigkeit mit dem Rettungsdienst, dem Kinderheim und der Mütterberatung entwickelte sich zu vollen Zufriedenheit, die örtlichen Samaritervereine zeigten sich in ihren Tätigkeiten sehr aktiv.

Die Einsätze des Rettungsdienstes, die oft über Leben oder Tod entscheiden können, haben im Berichtsjahr 1987 wieder zugenommen. Insgesamt wurden 719 (681) Einsätze registriert, wovon 532 (511) Einsätze am Tag und 187 (170) in der Nachtzeit. An Krankentransporten liegen 453 (424) Einsätze vor, während 266 (257) Unfalltransporte durchgeführt werden mussten. Bei diesen verschiedenen Kranken- und Unfalltransporten wurden total 732 (695) Personen transportiert.

### Professionalisiertes Team

Nach dem Jahresbericht ergab sich auch eine Änderung in der Einsatzmethode des Rettungsdienstes. Die neuere Entwicklung geht in Richtung möglichst frühzeitiger Hilfe am Unfallort oder am Krankenbett mit möglichst intensiver Frühbehandlung. Daraus entwickeln sich

einerseits höhere Überlebenschancen für die Patienten oder Verunfallten, andererseits verbessern sich die Chancen zu einer vollständigen Wiederherstellung erheblich. «Der Rettungsdienst», heisst es im Jahresbericht, «entwickelt sich als von einem reinen Bergungs- und Transportdienst zu einem System, in dem entscheidende Erstbehandlungen durchgeführt werden. Voraussetzungen dazu sind besonders ausgerüstete Rettungswagen (Notarztwagen) sowie besonders geschulte Sanitäter und Ärzte.» Im vergangenen Jahr machte der Rettungsdienst einen wesentlichen Schritt in diese Richtung: Einerseits wurde ein verbesserter Krankentransportwagen in Betrieb genommen, zum anderen wurde die Sanitätermannschaft auf 6 (4) Mann erhöht und somit das Team professionalisiert.

### Mehr Blutspender

Die Zahl der von der Mütterberatungsstelle betreuten Neugeborenen hat sich im letzten Jahr auf 380 (365) erhöht. Insgesamt wurden 2185 Besuche während des Jahres verzeichnet. Hinzu kamen 544 telefonische Beratungen von Müttern.

Erfreulich zugenommen hat nach dem LRK-Landesbericht auch die Zahl der Blutspender, die total mit 1822 Personen

(davon 243 neue Spender) ausgewiesen wird. Auffallend sei, heisst es im Jahresbericht, dass viele junge Menschen zu den Blutspendeaktionen kommen würden.



I. D. Erbprinzessin Marie steht dem Liechtensteinischen Roten Kreuz (LRK) seit 1985 als aktive Präsidentin vor. (Archivbild)

## Liechtensteinische Musikschule feiert 25. Geburtstag

Die Jubiläumsschrift zum 25. Geburtstag der Musikschule als Sonder-Beilage im heutigen VOLKSBLATT

«Die Liechtensteinische Musikschule feiert dieses Jahr ihren 25. Geburtstag und darf mit berechtigtem Stolz darauf hinweisen, dass es ihr gelungen ist, ihrem Auftrag zur Hebung des musikalischen Niveaus und der Befriedigung dieses Interesses gerecht zu werden.» Diese Feststellung macht Stiftungsratspräsident Kurt Büchel in seinen einleitenden Worten zu einer Jubiläumsschrift, die als Sonderbeilage der heutigen VOLKSBLATT-Ausgabe beigelegt ist.

Die Liechtensteinische Musikschule, die im Frühjahr 1963 ihren Betrieb aufnahm, verstehe ihre Aufgabe darin, allen Kindern und Erwachsenen unseres Landes die Möglichkeit zu bieten, im Sinne einer erfüllten Freizeitgestaltung oder Berufsausübung sich mit dem vielfältigen Gebiete der Musik vertraut zu machen, meint der Stiftungsratspräsident weiter.

Musikerziehung sei ein segensreicher und unersetzlicher Beitrag dafür, nicht nur die eigene Person zu bilden, sondern damit zugleich Herz und Sinn für die Mitmenschen zu öffnen. Auch Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als Inhaber des Ressorts Kultur hebt in seinem Beitrag hervor, dass dem kulturell musischen Moment in der Staats- und Gesellschaftsentwicklung eine stabilisierende, ausgleichende und rückhaltgebende

Bedeutung zukomme. Es sein ein kulturelles Anliegen, die nivellierende Wirkung des technologisch ökonomischen Fortschritts auszugleichen. Kultur verschaffe unserem Staatswesen Substanz und Geltung. Dies sei denn auch eine

Zielrichtung des Gesetzes zur Errichtung der Musikschule gewesen.

(In der heutigen, zwölfseitigen Sonderbeilage werden Geschichte und Wirken der Musikschule in Wort und Bild ausführlich dargestellt und gewürdigt.)



Musikerziehung als Teil einer ganzheitlichen Persönlichkeitserziehung wird in der Liechtensteinischen Musikschule seit 25 Jahren grossgeschrieben. (Archivbild)

## Weniger Gäste zu Beginn des Jahres

Im Februar 1988 sind in Liechtenstein 4069 (Vorjahr: 4044) Gästeankünfte und 13 459 (12 878) Logiernächte statistisch erfasst worden. Dies ergibt im Vergleich zum Vorjahr eine geringe Zunahme von 0,6 Prozent bei den Ankünften und von 4,5 Prozent bei den Logiernächten, wie der soeben veröffentlichten Fremdenverkehrsstatistik des Amtes für Volkswirtschaft zu entnehmen ist. In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres sind damit 7796 (8299) Gästeankünfte und 22 430 (25 044) Logiernächte erhoben worden. Die besseren Ergebnisse im Februar konnten die Abnahmen von Januar nicht wettmachen. Insgesamt ergibt sich somit gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres ein Rückgang von 6,1 Prozent bei den Ankünften und von 10,4 Prozent bei den Logiernächten.

Zunahmen in beiden Sparten konnten im Monat Februar für die Gäste aus der Schweiz (1417) und aus Italien (138) sowie bei den Dauergästen vermerkt werden. Für die Gäste aus den Niederlanden nur bei den Logiernächten. Aus der Bundesrepublik Deutschland reisten im Februar 1150, aus Grossbritannien 248, aus den USA 239 sowie aus anderen Ländern noch 686 Personen in unser Land ein.

Die durchschnittliche Gastbettenbesetzung in den meldenden Betrieben betrug 38,1 Prozent. Im Mittel entfielen auf einen Gast – ohne Einrechnung der berufstätigen Dauergäste – 3,2 Übernachtungen.

## Bankenfusion

Sargans (spk) Zur drittgrössten Regionalbank der Schweiz sollen die «Sarganserländische Bank» (SLB) und die «Bank vom Linthgebiet» fusionieren und damit eine Bilanzsumme von 2,25 Mrd Franken erreichen. Rund 2500 Aktionäre werden Ende Mai über den Antrag der Verwaltungsräte beider Banken auf die Übernahme der SLB durch die grössere «Bank vom Linthgebiet» für 29 Mio Franken entscheiden.

Der äussere Anlass für die aufsehenerregende geplante Fusion der beiden Institute zur «Bank vom Linthgebiet/Sarganserland» – und damit zur Nummer Drei der 225 Schweizer Regionalbanken – ist der Börsencrash vom Oktober 1987. Die inneren Ursachen und der unmittelbare Anlass liegen aber in der Kompetenzüberschreitung eines Filialleiters der «Sarganserländischen Bank» (SLB) bei Börsengeschäften.

«Der Filialleiter hatte», so betonte Nationalrat Titus Giger als Verwaltungsratspräsident der SLB an einer Pressekonferenz vom Donnerstag in Sargans, «seit Sommer 1987 die bankinternen Dekkungsrichtlinien für Börsengeschäfte von 30 Prozent ganz massiv missachtet.»